



PERSPEKTIVEN

REFORMIERT DIE POLITIKWISSENSCHAFT!

DIE MISERE EINER RANDSTÄNDIGEN FORSCHUNGSDISZIPLIN¹

≡ Lawrence M. Mead

Die akademische Politikwissenschaft scheint auf den ersten Blick überaus erfolgreich zu sein; tatsächlich steht sie jedoch vor gravierenden Problemen. Einerseits ist sie ein gewaltiger Betrieb. Die American Political Science Association (APSA) hat über 15.000 Mitglieder, die meisten von ihnen lehren oder forschen Politikwissenschaft an den vielen Colleges und Universitäten der USA. Andererseits jedoch ist die Disziplin selbst tief gespalten. Vor einigen Jahren brach gar ein regelrechter Bürgerkrieg aus zwischen dem politikwissenschaftlichen Establishment, das hochmathematische Forschung bevorzugt, und einer »Perestroika«-Bewegung, die einen stärkeren Methodenpluralismus einforderte.²

Doch was noch wichtiger ist: Die Disziplin genießt äußerst geringe Aufmerksamkeit. Nur wenige Politologen sprechen ein Publikum jenseits der Fachwelt an oder sind überhaupt über ihr eigenes, eng definiertes Spezialgebiet hinaus bekannt. Kaum ein Politikwissenschaftler tritt bei öffentlich diskutierten Problemen als Autorität in Erscheinung, wie dies beispielsweise bei den Ökonomen der Fall ist. Für viele Amerikaner mag Politik zwar eine wichtige Rolle spielen, die wissenschaftliche Beschäftigung mit ihr wird aber schlichtweg ignoriert. Diese Randständigkeit mag auch ein Grund dafür sein, dass es um die Moral in der Politikwissenschaft schlecht bestellt ist. Eine Erhebung aus dem Jahr 1980 ergab, dass Politologen die Entwicklungen auf ihrem Forschungsgebiet weniger spannend fanden als Forscher aus 31 anderen Disziplinen.³

Meines Erachtens gibt es drei mögliche Erklärungen für diese Missstände: Die Politikwissenschaft ist überspezialisiert und selbstreferenziell, über die Inhalte konkreter Politik hat sie wenig zu sagen und die Rekrutierung von

1 Diese Darstellung bezieht sich auf die US-amerikanische Politikwissenschaft, die mir am vertrautesten ist, doch ich habe den Eindruck, dass die Politikwissenschaft in Europa unter ähnlichen Problemen leidet.

2 Jonathan Cohn, *Irrational Exuberance: When Did Political Science Forget About Politics?*, in: *The New Republic*, 25.10.1999, S. 25–31.

3 Lee Sigelman, *The Coevolution of American Political Science and the American Political Science Review*, in: *American Political Science Review*, Jg. 100 (2006) H. 4, S. 474.

Politologen ist zu stark auf den Wissenschaftsbereich beschränkt. Um Ansehen und Moral zurückzugewinnen, müssen Politikwissenschaftler breitere Themenfelder bearbeiten, sich stärker den so genannten *policy issues*⁴ annehmen und mehr praktische Regierungserfahrung sammeln.

SCHOLASTIZISMUS

Auf den Punkt gebracht: Die Politikwissenschaft leidet unter Scholastizismus. Das bedeutet, dass in der Forschung derzeit eine zunehmende Differenzierung auf Kosten der inhaltlichen Substanz angestrebt wird. Wie die mittelalterlichen Philosophen, die die Feinheiten des Thomismus diskutierten, neigen Politologen dazu, den Großteil ihrer Aufmerksamkeit auf sehr spezielle Nischenthemen zu richten, die wenige andere Wissenschaftler – geschweige denn die Allgemeinheit – interessieren. Bereits in früheren Aufsätzen habe ich beschrieben, was das bedeutet und wie sich dieses Phänomen ausgeweitet hat.⁵ Unter den Begriff des Scholastizismus lassen sich vier Entwicklungen zusammenfassen:

- Spezialisierung: Stärker als noch vor einigen Jahrzehnten bearbeiten Politologen heute eng umrissene Themenfelder und tauschen sich ausschließlich mit anderen Experten ihres Spezialgebietes aus.
- Methodologismus: Die Wissenschaftler von heute sind zudem in Fragen der »richtigen« Untersuchungstechnik deutlich befangener; sie konzentrieren sich daher so stark auf die Methodik, dass sie die inhaltliche Substanz vernachlässigen.
- Anti-Empirismus: Es ist teilweise auch diesem Methodologismus geschuldet, dass die heutige Forschung kaum mehr auf Empirie beruht. Manche »Forschung« ist gänzlich mathematisch, ohne jeglichen substanziellen Inhalt.
- Selbstreferenzialität: Wissenschaftler entnehmen ihre Fragestellungen und Methoden typischerweise bereits vorhandener Literatur zu ihrem Spezialgebiet, anstatt eine eigene Sicht auf die Realität zu entwickeln.

Ein Anzeichen für die zunehmende Spezialisierung ist der Anstieg der Anzahl von Fachzeitschriften. 1886 existierte nur ein einziges politikwissenschaftliches Journal, heute sind es 42, viele davon auf bestimmte Themenfelder beschränkt. Seit 1981 ist innerhalb der APSA die Formierung von »Sektionen« für verschiedene Forschungsgebiete möglich, 35 davon sind mittlerweile organisiert. Ebenso hat die jährliche APSA-Konferenz eine durch Spezialisierung bedingte Fragmentierung erfahren.

Um diese Entwicklung zu dokumentieren, habe ich Aufsätze aus fünf verschiedenen Jahrgängen zwischen 1968 und 2007 im *American Political*

4 Also der politischen Themenfelder und politischen Inhalte (im Unterschied zu »politics«, was vor allem den politischen Aushandlungs- bzw. Entscheidungsprozess meint).

5 Das Folgende basiert auf Lawrence M. Mead, *Scholasticism in Political Science*, in: *Perspectives on Politics*, Jg. 8 (2010) H. 2, S. 453–64; ders.: *The Other Danger... Scholasticism in Academic Research*, in: *Academic Questions*, Jg. 23 (2010) H. 4, S. 404–19.

Science Review, dem führenden politikwissenschaftlichen Journal, entlang der vier Charakteristika des Scholastizismus kodiert. Während dieser Zeitspanne lässt sich ein starker Anstieg der Spezialisierung (auf bis zu 85 Prozent der Artikel) und Selbstreferenzialität (sechzig Prozent der Artikel) sowie ein geringerer Anstieg beim Anti-Empirismus erkennen.

Dementsprechend konzentriert sich die politikwissenschaftliche Forschung derzeit auf untergeordnete Problemstellungen innerhalb begrenzter Spezialgebiete. Die heutige Forschung versucht, dem Anspruch wissenschaftlicher »Exaktheit« gerecht zu werden, der aus den »harten« Wissenschaften abgeleitet wird – dahinter steckt die Überzeugung, dass Schlussfolgerungen unbedingt beweisbar und reproduzierbar sein müssen. Doch um diese Exaktheit zu erreichen, unterteilen Wissenschaftler ihre Forschung in immer kleinere Themenfelder, was dazu führt, dass die Ergebnisse oft trivial sind oder aber mit der Wirklichkeit nicht mehr viel zu tun haben. Sie vernachlässigen den »Relevanzwert« ihrer Forschung, Probleme zu thematisieren, die auch die Außenwelt, nicht nur die Wissenschaft, überhaupt als solche wahrnimmt und die ein Publikum interessieren, das über die Forschergemeinde hinausgeht.

Die Tendenz zum Scholastizismus hat sich keinesfalls zufällig entwickelt.⁶ Sie ist vielmehr das Ergebnis einer Reihe langfristiger Entwicklungen:

- »Überforschung«: Da unzählige Politikwissenschaftler Forschung betreiben, hat man die wichtigsten Erkenntnisse auf den meisten Gebieten bereits gewonnen. Dies veranlasst die Wissenschaftler, sich immer kleinteiligeren und abseitigeren Themen zu widmen.
- Forschung vor Lehre: Im amerikanischen Hochschulsystem sind Fachpublikationen weit wichtiger als die universitäre Lehre, was nicht nur die Zahl der Forscher erhöht, sondern auch deren Nischendasein weiter verschärft
- Das *Peer Review*-System: Die Begutachtung (*peer review*) wissenschaftlicher Texte vor ihrer Veröffentlichung in Fachzeitschriften wird dominiert von Spezialisten, wodurch sich Autoren – wollen sie die Chance auf eine Publikation wahren – ebenfalls zur Spezialisierung gezwungen sehen. Auch die Beurteilung von Nachwuchswissenschaftlern auf ihre Eignung für ein unbefristetes akademisches Arbeitsverhältnis wird heute vermehrt von deren Publikationen in spezialisierten Fachzeitschriften abhängig gemacht.
- Die Mathematisierung der Politikwissenschaft: Quantitative Methoden (Statistik und Spieltheorie) versprechen wissenschaftliches Prestige und dominieren daher die Forschung in allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen.⁷

6 Das Folgende basiert auf Lawrence M. Mead, *Scholasticism: Causes and Cures*, in: *Academic Questions*, im Erscheinen.

7 Meine Codierung der Artikel in der APSR hat nicht ergeben, dass diese Methoden zwangsläufig zum Scholastizismus führen. Langfristig jedoch haben sie die Randständigkeit der Politikwissenschaft befördert, hauptsächlich dadurch, dass sie Wissenschaftler dazu zwingen, sich mehr auf die Untersuchungsmethoden statt auf ihre eigentlichen Fragen zu konzentrieren.

- Akademisches Prestige: Die amerikanischen Universitäten genießen ein so hohes Ansehen, dass sie die Rechenschaftspflicht gegenüber der breiten Gesellschaft abgelegt haben. Dies erlaubt dem Lehrkörper, obskure Themen zu verfolgen, die kaum jemand anderen als sie selbst interessieren. Der Scholastizismus hat dazu geführt, dass das intellektuelle Leben aus den Universitäten verschwunden ist und sich andere Arenen gesucht hat, zum Beispiel Veröffentlichungen abseits der Fachzeitschriften, Think Tanks in Washington oder die Blogosphäre. In diesem Umfeld können Politikwissenschaftler wichtige Fragen offener diskutieren und ein breiteres Publikum erreichen als in Fachjournals.

DIE VERNACHLÄSSIGUNG POLITISCHER INHALTE

Ein längerfristiges Problem ist die Tatsache, dass die Politikwissenschaft wenig über die komplexen Inhalte von Politik zu sagen hat. Anders als Wirtschaftswissenschaftler erheben Politologen nur selten den Anspruch, konkrete Lösungs- und Verbesserungsvorschläge für die Politik oder präzise Handlungsanweisungen für die Regierung parat zu haben. Alles, worüber sie Bescheid wissen, ist das »Politikmachen«, oder anders: die Aushandlungsprozesse im politischen System (*politics*) – doch die meisten anderen Menschen meinen hierüber bereits selbst genügend zu wissen. Ökonomen hingegen haben einiges mehr über politische Inhalte (*policy*) zu sagen, dementsprechend größer ist auch die Beachtung, die ihnen von Seiten der Regierung und der Medien entgegengebracht wird.

Dies war einst anders. In der Antike galt Politikwissenschaft als Königsdisziplin aller Wissenschaften. Damals hing es von ihr ab, ob in der Gesellschaft ein »gutes Leben« möglich war. Das lag zum einen daran, dass der Politik an sich ein hoher Wert beigemessen wurde. Zum anderen hatte die Politik außerhalb ihrer eigenen Sphäre eine Vielzahl gesellschaftlicher Zwecke zu erfüllen. Eine Gesellschaft »muss« gut regiert werden, um ihren Mitgliedern ein »gutes Leben« bieten zu können, lautete die Erkenntnis.⁸ Demnach ist der Lackmустest für Politik stets ihre inhaltliche Substanz, immer gemessen an der Frage, ob sie die Gesellschaft so regiert, dass der normale Bürger gut leben kann.

Der Blick auf die politischen Inhalte verschwand jedoch schon früh vom Radar der amerikanischen Politikwissenschaft. In ihren ersten Jahrzehnten, im frühen 20. Jahrhundert, konzentrierte sich die Disziplin darauf, die formalen Institutionen des amerikanischen Regierungssystems zu analysieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg verschob sich der Fokus hin zu den informellen Prozessen innerhalb dieser Institutionen – die öffentliche Meinung, Interes-

⁸ Aristotle, *Politics*, übersetzt von Ernest Barker, New York 1962, S. 111 sowie S. 119–20.

sengruppen und Parteien standen nun im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Doch zu keinem Zeitpunkt betrachteten die Politologen ihr Fach als eine Königsdisziplin – als eine Kunst, die das Regierungshandeln zum Wohl der Gesellschaft verbessern könnte. Moderne mathematische Methoden wie Statistik oder Spieltheorie haben daran nichts geändert.

Warum aber hat man die inhaltliche Dimension von Politik ignoriert? Zum Teil, weil US-Regierungen stets zu erfolgreich waren, als dass man eine strengere Fokussierung auf *Policy* und *Governance* als zwingend notwendig hätte erachten müssen. Amerikanische Politikwissenschaftler schreckten zudem vor der Artikulation politischer Standpunkte zurück, weil sie befürchteten, dass dies den demokratischen Entscheidungsprozess präjudizieren würde, wozu sie sich nicht berufen fühlten. Darüber hinaus argwöhnten sie, dass eine Einmischung in inhaltliche Debatten das Fach zur Parteinahme zwingen und seinen wissenschaftlichen Anspruch untergraben würde. Demzufolge sind heute nur wenige Politikwissenschaftler als *Policy*-Experten bekannt; und die wenigen Mitglieder dieser Spezies genießen keinen guten Ruf in politikwissenschaftlichen Fachkreisen.⁹ In der heutigen Politikwissenschaft existiert zwar eine Subdisziplin namens »Public Policy«, doch ihre Vertreter erforschen – wie schon gesagt – mehrheitlich den politischen Entscheidungsprozess, statt sich tatsächlich über die Inhalte der Politik zu äußern.

Diese Scheu vor inhaltlicher Stellungnahme war ausschlaggebend dafür, dass sich die *Policy*-Analyse fast ausschließlich in der Ökonomik statt der Politikwissenschaft ansiedelte, als sich dieses Forschungsfeld nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte. Wirtschaftswissenschaftler zögerten nicht, der Regierung inhaltliche Ratschläge zu erteilen, obwohl ihr Fach – ausgerichtet an den Funktionsmechanismen freier Märkte – nur über sehr begrenzte Kompetenzen in Angelegenheiten des öffentlichen Sektors verfügte.¹⁰ Wirtschaftswissenschaftliche *Policy*-Modelle sind dort effektiv, wo man ein gewisses Marktverhalten voraussetzen kann, beispielsweise bei wirtschaftspolitischen Regulierungsmaßnahmen; sie greifen jedoch weitaus weniger in Bereichen wie der Sozialpolitik, wo das Verhalten selten ökonomischen Gesetzen folgt und staatliche Programme viel strenger verwaltet werden müssen.

Das alle bedeutet nicht, dass Politologen gänzlich abseits stünden und keinerlei normative Überlegungen anstellen würden. Viele von ihnen kritisieren die amerikanische Politik, weil es ihr nicht gelinge, jene demokratischen Ideale zu erreichen, wie sie in den Gründungsdokumenten dieser Nation festgeschrieben sind. Zahlreiche Forscher teilen zudem die Ansicht, dass die

9 Einige andere Politikwissenschaftler, die ebenfalls wie ich für Ihr Engagement in inhaltlichen Fragen bekannt sind, sind Graham Allison, John Dilulio, Paul Light, Richard Nathan, Joseph Nye, Allen Schick und James Q. Wilson. Mit Ausnahme von Nye and Wilson wurde niemandem viel Anerkennung von der American Political Science Association zuteil. Und wir alle befinden uns mittlerweile am Ende unserer Karriere.

10 Richard R. Nelson, *The Moon and the Ghetto*, New York 1977.

Politik in Washington so sehr von Wirtschaftsinteressen und von den Reichen dominiert sei, dass das Volk nur dem Namen nach regiere.

Andere Politikwissenschaftler sind optimistischer; ihrer Ansicht nach werde das öffentliche Interesse zwar nicht komplett ignoriert, es herrsche nurmehr Uneinigkeit darüber, wie es erreicht werden könnte. Doch wie dem auch sei: Dabei handelt es sich stets um eine Debatte über Politik und nicht darüber, wie Politik im Sinne des Allgemeinwohls eingesetzt werden sollte. Wie man die Politik inhaltlich verbessern könnte, ist aber genau die politische Frage, welche die amerikanischen Bürger am meisten beschäftigt. Indem es die Politikwissenschaftler versäumen, ihr nachzugehen, verschreiben sie sich einem Dasein in der Bedeutungslosigkeit.

Paradoxerweise geschah all dies zu dem Zeitpunkt, als das Potential der Politologie als *Policy*-Wissenschaft größer war denn je. Heute besteht in Washington das größte Hindernis für eine effektive Politikgestaltung nicht – wie von den Ökonomen weithin angenommen – im Unwissen darüber, »was« die Regierung oder die Politik im Allgemeinen tun sollte. Dass eine Regierung nur schwer zu motivieren ist, das »Richtige zu tun«, mag vor allem institutionelle Gründe haben. Eine Ursache für diese Lähmung ist die zunehmende Polarisierung zwischen den politischen Parteien. Eine andere ist das Scheitern von Haushaltsverhandlungen, was unter anderem die steigende Staatsverschuldung erklärt. Und nach einer Ära, in welcher die Deregulierung von Märkten ganz oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda stand, lautet die heutige Aufgabe, ausreichende Kontrollen wiederherzustellen, um eine erneute Finanzkrise zu verhindern. In dieser Situation verfügt die Politikwissenschaft von allen Fächern über die besten Chancen, den Wünschen der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen und Reformen tatsächlich in bessere Resultate münden zu lassen. Doch nur wenige Politologen unternehmen überhaupt Anstrengungen in diese Richtung.

AKADEMISCHE NACHWUCHSREKRUTIERUNG

Ein dritter und damit zusammenhängender Grund für die Probleme der Politikwissenschaft liegt darin verborgen, dass Politologen in der Regel höchst eindimensionale Karrierewege absolvieren. Ihre Ausbildung verläuft größtenteils in universitären Bahnen. Sie wechseln meist direkt von Studiengängen zu Graduiertenprogrammen, in denen sie Forschungsmethoden und Spezialgebiete innerhalb der Politikwissenschaft kennenlernen. Nur wenige verfügen über praktische Erfahrung im politischen Betrieb, abgesehen vielleicht vom freiwilligen Engagement im Wahlkampf. Für ihre Dissertationen betreiben sie zumeist sehr spezielle Forschung, was der beschriebenen Fragmentierung

des Fachs geschuldet ist. Anschließend hoffen sie auf Nachwuchspositionen in politikwissenschaftlichen Instituten, wo sie erneut hochspezifisch forschen, um eine feste Anstellung zu erhalten. Und so bleibt die Politikwissenschaft, wie sie ist – ein verschultes Handwerk, abgeondert vom eigentlichen politischen Prozess und für Außenstehende relativ uninteressant.

Diese Tendenzen werden verschärft durch den Überschuss an PhDs in den Graduiertenprogrammen. Nur eine kleine Anzahl von neuen Politikwissenschaftlern kann darauf hoffen, eine dauerhafte Anstellung in der Wissenschaft zu finden und für Lehre und Forschung bezahlt zu werden. Der Konkurrenzkampf um diese wenigen Plätze zwingt die Kandidaten dazu, möglichst viel zu publizieren, noch bevor sie ihren Abschluss erlangt haben. Dies wiederum setzt sie unter Druck, sich noch stärker zu spezialisieren als zuvor. Ihre Forschung muss, so verlangen es die Fachzeitschriften, hohen methodologischen Ansprüchen genügen. Sie können sich nicht die Zeit nehmen, breitere Themen oder politische Inhalte anzugehen, geschweige denn selbst Erfahrungen in der politischen Praxis zu sammeln. All dies führt zu der heutigen, weitgehend irrelevanten Politikwissenschaft.

Man hätte vermuten sollen, dass die Entwicklung der *Policy*-Analyse als Forschungsfeld diesem Trend entgegengewirkt hätte, doch dem war nicht so. Zwar etablierten sich in den späten 1960er und in den 1970er Jahren Graduiertenschulen für Public Policy, die weniger zögerlich als die Politologie oder die Verwaltungswissenschaften waren, Stellung zu politischen Sachfragen zu beziehen – doch waren diese dominiert von Ökonomen statt von Politikwissenschaftlern. Die meisten dort ausgebildeten Promovierten sind Ökonomen, die zwar über umfangreiche Fähigkeiten in der Datenanalyse verfügen, sich aber fernab vom realen Regierungshandeln befinden.

Policy-Forscher sind ihrerseits ebenfalls dem »scholastischen« Druck ausgesetzt. Die meisten von ihnen forschen quantitativ, stützen sich auf bereits existierende Datensätze, weil sie so auf eine präzise Methodik zurückgreifen können und ihre Studien daher eine größere Chance auf Veröffentlichungen in Fachzeitschriften haben. Sie tendieren dazu, Institutionen zu ignorieren, da diese nur mit Methoden wie der Feldforschung zu ergründen sind – das allerdings wäre kostenintensiv und zeitaufwändig, zugleich methodisch vermeintlich unpräziser und somit leichter angreifbar. Daher widmen sich nur wenige ambitionierte Studien der institutionellen Seite öffentlicher Programme.¹¹

11 Lawrence M. Mead, *Policy Research: The Field Dimension*, *Policy Studies Journal*, Jg. 33 (2005) H. 4, S. 535–557.

REFORMEN

Wie aber könnte die Politikwissenschaft ihr Erbe als Königsdisziplin wiederbeleben?

DEM SCHOLASTIZISMUS ENTKOMMEN

Der erste Schritt besteht darin, den zu spezialisierten und überstrengen methodischen Trend der heutigen Forschung rückgängig zu machen. Um inhaltlich gehaltvollere Arbeit zu leisten und mehr Aufmerksamkeit zu erlangen, müssen Politologen breitere und wichtigere Themenfelder bearbeiten. Sie müssen eine höhere Relevanz anstreben, indem sie Probleme aufgreifen, die auch außerhalb der Wissenschaft sichtbar sind und ein breiteres Publikum ansprechen – auch wenn sie dadurch an wissenschaftlicher Präzision einbüßen sollten. Im Folgenden seien einige der großen politischen Fragen skizziert, die das Fach meines Wissens nach bislang erfolgreich ignoriert, oftmals weil sie eine breitere Argumentation erfordern, als der Scholastizismus sie erlaubt:

- Wie kann die normative politische Theorie neu ausgerichtet werden, um die realen politischen Probleme reicher Industrieländer zu erfassen? Hier geht es selten um »Gerechtigkeit« im Sinne von John Rawls, sondern häufiger um Kriminalität, Wohlfahrt, Bildung und andere Aspekte der gesellschaftlichen Ordnung.
- Wie kann die westliche politische Tradition, in der lediglich die Klassenunterschiede innerhalb der politischen Gemeinschaft betrachtet wurden, verbunden werden mit moderner Politik, in der Fragen nach Rasse und Ethnizität eine weit größere Rolle spielen?
- Wie kann die zunehmende Abkehr von Wahlen und von politischem Engagement in der westlichen Gesellschaft erklärt werden? Darauf gibt es keine einfachen Antworten, denn bislang wurden öffentliche Einstellungen und Motive nur wenig und unstrukturiert erforscht. Stattdessen gibt es unzählige, nichtssagende Analysen von bestehenden Umfragedaten.
- Wie kann die vergleichsweise wenig fortschrittliche politische Entwicklung außerhalb der westlichen Welt erklärt werden? Warum konnten halbwegs vernünftige, effiziente und demokratische Regierungsformen nur in Europa und in dessen Peripherie Fuß fassen? Entwicklungsforscher haben den kulturellen Unterschieden im globalen Kontext meist zu wenig Beachtung geschenkt.
- Wie ist mit den tiefgreifenden Konsequenzen umzugehen, welche die massive Abwanderung aus der Dritten Welt für die westliche Politik nach sich zieht?

Eine ernstzunehmende Politikwissenschaft sollte zumindest einige, wenn nicht gar alle dieser wichtigen Fragen erhellen. Ein Großteil der Politologen ist sich dieser Fragen durchaus bewusst, doch da viele an ihre »scholastischen« Hypothesen gefesselt sind, unternehmen nur wenige die nötigen Anstrengungen, sie auch zu beantworten.

Gegner der »Elfenbeintürmelei« müssen sich gegen diese Tendenzen zur Wehr setzen – wie ich das in diesem und anderen, oben bereits genannten, Aufsätzen versucht habe. Doch für eine Veränderung ist auch Druck von außen nötig. Externe Geldgeber werden am ehesten dagegen aufbegehren. Es hat bereits Versuche gegeben, die finanzielle Unterstützung der Politologie von staatlicher Seite zu kürzen, da ihre Resultate bedeutungslos seien.¹² Widerstand wird es vermutlich auch aus der Wirtschaft geben, die eine Vernachlässigung der Lehre zugunsten der Forschung selten gutheißt, weil dadurch vielen Universitätsabsolventen Fähigkeiten fehlen, die ihre zukünftigen Arbeitgeber allerdings erwarten. Wenn jedoch Absolventen nicht eingestellt werden, dauert es nicht lange, bis auch deren Eltern Veränderungen verlangen.

DIE POLICY-ANALYSE ZURÜCKEROBERN

Ein stärkerer *Policy*-Fokus trägt tendenziell dazu bei, den »Scholastizismus« einzudämmen, da dieser voraussetzt, dass reale Probleme verhandelt werden, die im Gegensatz zu rein akademischen Belangen auch außerhalb der Universität sichtbar sind. Daher muss eine zweite essentielle Veränderung auf eine engere Verbindung mit der Politik zielen. Anstatt nur politische Prozesse zu studieren, müssen Politologen die ihnen bekannten politischen und administrativen Faktoren mit möglichen oder erwünschten *Policy*-Resultaten normativ verbinden. Wir brauchen eine Wissenschaft nicht nur der Politik, sondern der Staatsführung.

Die orthodoxe (und für gewöhnlich von Ökonomen betriebene) *Policy*-Analyse sagt der Regierung, was sie tun muss, um politische Probleme inhaltlich zu lösen. Sie sagt selten etwas darüber aus, ob die Empfehlungen politisch akzeptabel sind und tatsächlich umgesetzt werden können. Idealerweise sollten *Policy*-Forscher erstens, wie heute bereits üblich, die Vorteile ihrer Empfehlungen stark machen, zudem aber, zweitens, einen Schritt weitergehen und auch die politischen und bürokratischen Hürden diskutieren, die diesen Lösungen im Weg stehen. Möglicherweise braucht es eine Veränderung des *Policy*-Prozesses, bevor Regierungen überhaupt »das Richtige tun« können. Man kann jedoch auch genau andersherum argumentieren, dass die Ziele der Regierung an das angepasst werden müssen, was die Institutionen leisten

12 Patricia Cohen, Field Study: Just How Relevant Is Political Science?, in: New York Times, 20.10.2009, C1, C7.

können. Die *Policy*-Analyse wird damit zu einer Art Systemanalyse, in der die besten Inhalte gegen die politischen Handlungsmöglichkeiten der Exekutive abgewogen werden.

Zugegeben: Diese Idee erfordert, dass man die Analyse von *Policy* ebenso beherrscht wie von *Politics*, jede mit ihren eigenen Prämissen und Methoden – nur eine reicht nicht aus. Weil praktische Erfahrung im Regierungsapparat dabei so wichtig ist, wäre auch eine Tätigkeit im politischen Betrieb wünschenswert. Dementsprechend könnten im Grunde nur erfahrene Forscher Politikwissenschaft als *Policy*-Wissenschaft betreiben. Andererseits ist dieses Konzept sowohl für Politologen, die innerhalb des politischen Betriebes tätig sind, als auch für solche aus dem akademischen Bereich attraktiv. In ihren täglichen Bemühungen, die theoretisch beste Politik mit den tatsächlichen Möglichkeiten von Parlament und Regierungsbürokratie unter einen Hut zu bekommen, praktizieren Politikwissenschaftler, die in der Politik arbeiten, bereits jetzt die Königsdisziplin.

Diese Überlegungen umfassen zudem eine Wiederannäherung der Politologie und den Verwaltungswissenschaften. In ihren Anfängen waren diese beiden Disziplinen eng miteinander verbunden und die Erforschung öffentlicher Verwaltungsprozesse war hoch angesehen, selbst innerhalb der akademischen Politikwissenschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg brach die Politikwissenschaft dann mit der Verwaltungswissenschaft, da man ihr einen Mangel an wissenschaftlicher Präzision attestierte. Aber in Anbetracht der Komplexität des amerikanischen Regierungssystems benötigt die Politologie Erkenntnisse aus der modernen Verwaltungswissenschaft, wenn sie Aussagen über eine bessere Politik treffen will.¹³

AUSWEITUNG DER REKRUTIERUNG VON POLITIKWISSENSCHAFTLERN

Aktuell werden die Randständigkeit der Politikwissenschaft und deren Vernachlässigung von *Policy*-Inhalten dadurch befördert, dass junge promovierte Forscher das politikwissenschaftliche Feld betreten, wenn sie bereits stark spezialisiert sind, was wiederum dem Wettbewerb um akademische Stellen geschuldet ist. Sie wissen sehr wenig über die Praxis des Politikbetriebs. Im Idealfall sollte die Zahl neuer Promovenden auf die Zahl der verfügbaren wissenschaftlichen Nachwuchspositionen begrenzt werden. Dies würde den Graduierten erlauben, breitere Felder zu erforschen, frühe Veröffentlichungen zu umgehen und in ihren Dissertationen breitere Themenspektren zu behandeln, ohne befürchten zu müssen, nach dem Abschluss ohne Job dazustehen. Allerdings bleibt dies ein Wunschtraum, da Universitäten auf eine große

13 H. George Frederickson, The Repositioning of American Public Administration, in: Political Science and Politics, Jg. 32 (1999) H. 4, Dezember 1999, S. 701–11.

Anzahl von Graduierten und Post-Docs angewiesen sind, die bei niedriger Bezahlung Seminare geben und Forschung betreiben.¹⁴

Eine praktikablere Lösung wäre es, den wissenschaftlichen Nachwuchs nicht direkt aus den Graduiertenprogrammen zu rekrutieren, sondern erst einige Zeit später. Neue Ph. D. s müssten zunächst den akademischen Bereich verlassen, um einige Jahre für die Regierung oder in deren Umfeld zu arbeiten. So würde ihre wissenschaftliche Ausbildung durch Erfahrungen aus dem politischen Alltag angereichert. Auf Basis dieser Erfahrungen und einer daraus hervorgegangenen Forschungsagenda würden sie anschließend um wissenschaftliche Nachwuchspositionen konkurrieren. Ihr Anstellungsverhältnis würde später danach bewertet werden, wie erfolgreich diese Forschung war. Bereits jetzt ernennen Universitäten erfahrene Politiker und andere Würdenträger zu dotierten Professoren, wenn sie die Regierung verlassen. Nachwuchsrekrutierung sollte nach demselben Prinzip verfahren, lediglich ohne eine Anstellung auf Lebenszeit zu gewähren und mit niedrigeren Erwartungen in Bezug auf die Außenwirkung einer solchen Berufung. Think Tanks beispielsweise wählen bereits heute diejenigen Experten aus, die zuvor unter Beweis gestellt haben, dass sie die großen Fragen der Zeit für ein größeres Publikum beantworten können. Einige kommen von Universitäten, einige haben im Kongress oder in Regierungsorganen gearbeitet, andere stammen aus NGOs, die sich mit bestimmten Problemfeldern befassen. Akademische Rekrutierung sollte nach ganz ähnlichen Kriterien erfolgen und nicht auf die heute gängige, scholastische Art und Weise.¹⁵ Die Politikwissenschaft würde dadurch enorm an Substanz und Aufmerksamkeit gewinnen.

FAZIT

Die drei dargestellten Probleme der Politikwissenschaft und auch meine Lösungsvorschläge sind alle eng miteinander verknüpft. Es ist zum Teil ihrem »Scholastizismus« geschuldet, dass sich die Politologie der Public Policy nie ernsthaft angenommen hat. Ein Fach, das vornehmlich damit beschäftigt ist, die eigene wissenschaftliche Sorgfalt und Genauigkeit zu forcieren, kann die Komplexität der realen Probleme der Öffentlichkeit nicht erfassen. Andererseits hat die Vernachlässigung konkreter politischer Sachinhalte die Politikwissenschaft einzig auf die Erforschung von Prozessen der Interessenaushandlung begrenzt, wodurch die Probleme vereinfacht wurden und sich der Anspruch auf wissenschaftliche Exaktheit verstärkte. Dass sich die Politikwissenschaft zum größten Teil auf die akademische Sphäre beschränkt, kann man auch schließlich auch an der Tatsache ablesen, dass Politologen fast ausschließlich an Universitäten zu finden sind.

14 Andrew Hacker und Claudia Dreifus, *Higher Education? How Colleges Are Wasting Our Money and Failing Our Kids – And What We Can Do About It*, New York 2010, Kap. 3.

15 Meine eigene Karriere nahm diesen Trend in gewisser Weise vorweg. Nach meinem Hochschulabschluss arbeite ich zunächst bei der Bundesregierung, bei einem Think Tank und für sechs Jahre beim Republican National Committee, bevor ich an die NYU ging. Meine dortige Forschung hat sich zum größten Teil auf Themen wie Armutsbekämpfung und Sozialreformen bezogen, die ich aus Washington mitgebracht hatte.

Die Politikwissenschaft muss sich von ihrem viel zu rigoros ausgelegten wissenschaftlichen Präzisionsanspruch verabschieden, um eine größere Relevanz zu gewinnen. Erst dann wird sie in der Lage sein, bedeutende Problemstellungen zu behandeln, die auch außerhalb der Wissenschaft von Interesse sind. Indem sie die konkreten, inhaltlichen Herausforderungen der Politik mehr in den Mittelpunkt rückt, würde die *Policy*-Analyse zugleich dem scholastischen Trend ihrer eigenen Disziplin entgegenwirken. Um dieser Rolle gerecht zu werden, müssen Politikwissenschaftler sich viel breiter aufstellen. Sie sollten nicht länger nur Akademiker sein, sondern müssen selbst Einsichten aus erster Hand, sogar eigene berufliche Erfahrungen im politischen Betrieb gewinnen. Diejenigen, die inner- und außerhalb der Regierung versuchen, die theoretisch beste Politik mit den institutionellen Zwängen zu verbinden, üben die Königsdisziplin aus. Sie nutzen die Politik, um die Gesellschaft zu verbessern. Und genau darum hätte es in der Politikwissenschaft schon immer gehen müssen.

Übersetzung: Roland Hiemann und Frauke Schulz



Prof. Dr. Lawrence M. Mead, geb. 1943, ist Professor für »Politics and Public Policy« an der New York University. Er ist Autor verschiedener Bücher über Armutsbekämpfung und Sozialstaatsreformen.